



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Sieger, Robert: Deutschösterreich nach den Landtagswahlen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Bekennnis zu den gleichsam schwarz-weiß-roten Werten der Nationalpolitik nicht nur nicht ausschloß, sondern verlangte.

Man ist noch lange nicht demokratisch-revolutionär oder Republikaner im innersten Herzen, wenn man sich zu den schwarz-rot-goldenen Farben bekennt. Und wer sich zu ihnen bekennt und ihrem Banner immer die Treue bewahrt hat, muß nun keineswegs dafür stimmen, daß dieses Banner die schwarz-weiß-rote Fahne verdrängt. Es war endlich an der Zeit, dies einmal klarzustellen.



## Deutschösterreich nach den Landtagswahlen

Von Professor Dr. Robert Sieger



knüpfend an meine Darlegungen in den Grenzboten vom 14. März, die sich mit denen eines Aufsatzes in der Deutschen Politik vom 14. Februar wechselseitig ergänzen, möchte ich in Kürze berichten über die Gestaltung der Parteiverhältnisse in der verfassungsgebenden Nationalversammlung Deutschösterreichs und in dem Wahlkampf für die Landesvertretungen. Diese waren durch den Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung keineswegs unzweideutig vorgezeichnet und bald sind Verschiebungen eingetreten, die sie beeinflussen mußten.

Ich hob damals hervor, daß der Wahlkampf einerseits den großen wirtschaftlichen (nicht, wie der Druckfehlerkobold wollte, wissenschaftlichen) Weltanschauungen, andererseits den Gruppen- und Klasseninteressen diene, also vor allem im Zeichen des Kampfes für und gegen die Sozialdemokratie stand. Diesem ordnete sich auch die „Bekämpfung des jüdischen Einflusses“ unter, die diesmal stärker als je in den christlichsozialen und deutschnationalen Programmen betont wurde. Sie war lediglich ein Hilfsmittel der Agitation gegen die Sozialdemokratie, da nur kleinere Gruppen — die nationaldemokratische und die engere deutschnationale (deutschradikale und alldeutsche) — bestimmte Vorschläge für Art und Mittel dieses Kampfes brachten. Diese Parteien erklären die Juden für eine eigene Nation, die nicht im deutschen Nationalstaat, sondern im künftigen Zionstaat ihre politische Heimat hat, und fordern daher eine dementsprechende Rechtsstellung dieser „Ausländer“. Daß das keineswegs den Anschauungen aller Juden widerspricht, zeigte schon am 16. Februar die Wahl eines Zionisten in Wien — sie fiel um so schwerer ins Gewicht, als hier selbst die Tschechen, die mit allen Mitteln arbeiteten und sich mehrere Mandate versprachen, ein einziges erzielen konnten. Bei den Landtags- und Gemeindevahlen kamen dann von diesen beiden nichtdeutschen nationalen Parteien die Tschechen stärker zur Geltung. Sie machten alsbald in diesen Körperschaften, wie schon vorher durch die Rede Dworschaks in der Nationalversammlung, weitgehende nationale Ansprüche geltend. Man sieht nun ein, welchen Fehler man damit gemacht hat, daß der deutsche Charakter des Staates gesetzlich nicht genügend gesichert wurde, wie jener von Wien es schon länger ist. Aber es wird schwer halten, das Versäumte nachzuholen, da die Tschechen unter Berufung auf diese Wahlergebnisse den „Schutz“ der niederösterreichischen Tschechen auf völkerrechtlichem Wege anstreben. In den anderen Ländern spielen weder sie noch die Zionisten eine Rolle.

Spitzte sich so bis zum 16. Februar alles auf den einen Gegensatz zu, so ließen doch die inneren Spannungen zwischen den nichtsozialistischen Parteien schon unmittelbar nach den Wahlen es sehr fraglich erscheinen, ob sich ein bürgerlicher Mehrheitsblock bilden werde. Dies wäre die selbstverständliche Folge einer Listentoppelung zwischen den Christlichsozialen und der „dritten Partei“ gewesen, aber

auch ohne sie möglich geblieben. Jedenfalls waren die Voraussetzungen dazu günstiger als in Deutschland, wo eine starke demokratische Partei den Sozialisten nahe steht und auch das Zentrum leichter nach links als nach rechts Anschluß fand. Aber auch in Deutschösterreich fanden sich die beiden starken Parteien rasch zu einer Arbeitsmehrheit und gemeinsamer Regierung zusammen. Die dritte, die sich den Namen der großdeutschen beilegte, mußte es bei ihrer numerischen Schwäche ablehnen, die Verantwortung mit zu übernehmen und daher schieden auch einige sehr tüchtige Männer von leitenden Stellen. Das wiederholte sich nach den Landtagswahlen. Ein Vorteil für diese nunmehrige Opposition lag darin, daß sich die Bauernpartei, mit Einschluß und unter Führung der steirischen Gruppe, zwar als selbständiger Verband, aber innerhalb der großdeutschen Partei konstituierte. Die Werbekraft dieser Gruppe, die sehr geschickt auch in den Städten Anhänger sucht, kam also den Großdeutschen zugute. Für die Landtagswahlen, die in einzelnen Ländern schon im Gange sind, hatte gerade diese antiklerikale Partei gute Aussichten. Aber ihr Erfolg blieb hinter den Erwartungen zurück. Selbst der nachdrückliche Hinweis darauf, daß die sozialdemokratisch-christlichsoziale Regierung in den Ernährungsfragen keine neuen erfolgreichen Wege weisen konnte — und ebenso jener auf die Unnatur des Bündnisses zwischen „Michel Schwarz und Jibdor Roth“ wirkte nicht im erhofften Maße. Auch die antisemitische nationalsozialistische Partei teilte das Schicksal der bürgerlichen Parteien, mit denen sie sich vielfach unter nationalem Banner zusammensand. Unter diesen schnitten die Nationaldemokraten, deren Programm ich in dem früheren Aufsatz darlegte (Seite 175 soll es heißen: Volksabstimmung und Vorschlagsrecht in allen wichtigen Fragen) verhältnismäßig gut ab. Gegen die Mehrheitsparteien erhoben sich aber auch die Kommunisten. Diese wissen, wie wir in Graz sehen konnten, sehr geschickt zu arbeiten. Sie lassen ihre Umsturzideen stark in den Hintergrund treten und betonen alles, was ihnen mit der Sozialdemokratie gemeinsam ist, so daß deren Anhänger sich fragen mögen, warum eigentlich ihre Führer sie zu so entschiedenem Kampf gegen die Kommunisten aufrufen. Und mancher mag die Antwort in der Richtung finden, in welche die antisemitischen Parteien weisen. Sind doch in Graz die sozialdemokratischen Führer, die in einer großen Kommunistenversammlung sprachen, durch wenig lebenswürdige vielstimmige Zurufe an ihre Rassenangehörigkeit erinnert worden!

Die Mehrheitsparteien führten den Kampf gegen beide Gruppen von Gegnern mit recht verschiedenen Waffen. Die Nationalen mit ihrer Parteizersplitterung suchten sie dadurch zu treffen, daß für die Landtagswahlen mancher Länder die Koppelung der Listen verboten wurde, ferner dadurch, daß Landtags- und Gemeindevahlen (wo es Bezirksvertretungen gibt, auch die Wahlen in diese) zugleich und mit derselben Liste stattfanden. Das verwirrte die weniger geschlossenen Wähler der „dritten Partei“ und verhinderte zugleich, daß bei den Landtags- und Gemeindevahlen andere als parteipolitische Gesichtspunkte zur Geltung kommen. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte und das Streben, in der Verwaltung und Wirtschaft erprobte Personen ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zu wählen, also auch die Aufstellung „unpolitischer“ Listen kämen naturgemäß den Nationalen zugute — und das sollte verhindert werden. Die nationalen Parteien wußten aber diese Lehre nicht genug zu beherzigen und veräumten es vielfach, die verbotene Koppelung durch das allein übrig bleibende Hilfsmittel, gemeinsame Kandidatenlisten, zu ersetzen.

Die Forderung der Kommunisten nach einer Räteregierung und nach Diktatur des Proletariats, die durch die Nachrichten aus Ungarn und aus Bayern und die verbreiteten verführerischen Schilderungen der in Ungarn angeblich entstehenden Musterordnung natürlich an Kraft gewann, hat in den Massen Anklang gefunden. Demgegenüber bringen die sozialdemokratischen Führer den folgenden Gedankengang vor. Ihre Ideale seien dieselben wie die der Kommunisten. Aber sie ließen sich nicht im Fluge verwirklichen und die Einführung einer Räteregierung würde zurzeit diese Verwirklichung sogar verzögern.

Bei den Wahlen für die Räte würden zwar die Bürgerlichen verschwinden, aber die Mehrheit fiel nicht den Arbeitern, sondern den Bauern zu. Das sei in Rußland (und nunmehr auch in Ungarn) dadurch verhindert worden, daß die Bauern im Verhältnis zur Kopfzahl viel weniger Mandate erhielten, als die Arbeiter. Unsere Bauern aber seien zu vorgeschritten und zu gut organisiert, um sich das gefallen zu lassen. In den Räten stünde also eine sozialdemokratische und kommunistische Minderheit der bäuerlich-christlichsozialen Mehrheit gegenüber. Da sei die Nationalversammlung noch besser, da in ihr die Sozialdemokratie von Fall zu Fall mit Hilfe der dritten Partei wichtiges erreichen oder doch vieles verhindern könne. Man solle sich also vorläufig mit ihr bescheiden. Die Entwicklung werde schon weiterführen.

Solche Darlegungen können die Christlichsozialen nicht eben in ihrer Bundeestreue bestärken. Wenn sie gleichwohl, auch in den Landtagen, weiter mit den Sozialdemokraten zusammengehen, so erwarten sie offenbar, daß die Zeit für sie und vor allem gegen die Sozialdemokraten arbeiten werde. Sie haben allen Grund, das zu glauben. Der gleichen Meinung sind aber auch die Kommunisten. Allerdings haben diese, was man vielfach nicht erwartete, auf eine Wahlbeteiligung verzichtet und sich sehr ruhig verhalten. Diejenigen, welche meinten, sie würden die Wahlen oder den Zusammentritt der Landtage gewaltsam verhindern, und unter diesem Vorwande selbst den Wahlen fernblieben, sind im Irrtum gewesen. Man sagt, die Kommunisten legen sich vorläufig Zurückhaltung auf, um die Nahrungszufuhr durch die Entente nicht zu gefährden, und würden nach der Ernte entschiedener auftreten. Sicher ist, daß sie auf die wachsende Unzufriedenheit rechnen, die ihnen immer mehr Anhang aus sozialdemokratischen, aber auch kleinbürgerlichen Kreisen verspricht, auch wenn die auswärtigen Verhältnisse ihnen nicht zugute kommen. Die Sozialdemokraten sind also gezwungen, möglichst viel von ihren Parteiforderungen zu verwirklichen, um sich die bisherigen Anhänger zu erhalten. Das wird ihnen aber dadurch erschwert, daß sie dem Zusammengehen mit den Christlichsozialen zuliebe manche laut erhobene Forderung zurückstellen müssen, z. B. die der Trennung der Kirche vom Staat. Um so rascher lassen sie die Gesetzgebungsmaschine auf anderen Gebieten arbeiten, so in der formellen Ausgestaltung der republikanischen Staatsform durch Verbannung des bisherigen Herrscherhauses, Beschlagnahme seiner Güter, Abschaffung des Adels und der Orden und andere Wiederholungen aus der französischen Revolution und in der Vorbereitung der „Sozialisierung“. Dabei halten die anderen Parteien, selbst als Antragsteller, mit — teils wohl aus parteitaktischen Gründen, um den Augenblicksstimmungen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, teils auch, weil die bisherigen Anregungen noch innerhalb ihrer Parteiprogramme liegen, zum Teil wohl auch, um die gegenwärtigen Führer der Sozialdemokratie gegenüber weniger gebildeten aber radikalere Parteigenossen im Sattel zu erhalten. Es ist ja kein Zweifel, daß die Sozialdemokratie ihre einsichtigsten, weitestblickenden und sittlich besten Männer, zugleich ihre reinsten Idealisten und Doktrinäre, um nicht zu sagen Ideologen, an die Spitze der Regierung gebracht hat. Männer wie Renner, Bauer, Hartmann streben weder vorschnelle Zerstörung, noch ungerechte Gewalt Herrschaft an. Wie sie an Wilson und den Weltvölkerbund glauben, so meinen sie im Innern durch besonnene, aber durchgreifende Verwirklichung der Parteigrundsätze dauernde gesunde Zustände schaffen, einen Idealstaat aufbauen zu können. Sie sind politisch und historisch gebildet genug, um nichts überstürzen zu wollen, andererseits aber sind die meisten von ihnen, wie alle echten Revolutionäre, geneigt, die Bedeutung und Wirksamkeit programmatischer Erklärungen zu überschätzen. So werden vielfach nach dem Muster der Menschenrechte oder der österreichischen Staatsgrundgesetze allgemeine Grundsätze gesetzlich formuliert. Das muß manchen herrschsüchtigen Parteigenossen, die möglichst rasch die Früchte des Machtgewinns ernten wollen, wider den Strich gehen. Aber es ist für die Nichtsozialisten leichter möglich, mit solchen Idealisten zusammenzugehen, als mit gänzlich unhistorisch denkenden und minder gebildeten „Realpolitikern“. Ihr Mitthalten er-

leichtert seinerseits wieder das Vorschreiten in der Richtung gegen die Sozialisierung. Nicht übersehen werden darf endlich, daß allen Parteien, die Dauerndes schaffen wollen, die Regelung der Finanzfragen, Valuta, Steuern, Zinsendienst und wie sie heißen mögen, die dringendste Sorge ist. Das hält die Parteien zusammen und hat die Mehrheitsparteien auch veranlaßt, Beamte und Gelehrte in die Regierung aufzunehmen, die ihnen selbst nicht angehören.

Es ist zweifellos ein Beweis politischer Fähigkeit, den man in Österreich kaum erhofft hätte, daß bisher — wenn auch um hohen Preis, auch im strengsten Sinne dieses Wortes — die Ruhe und Ordnung erhalten blieb und daß die radikale Flut aus Ungarn bisher nur sehr kleine Wellen in Deutschösterreich aufwarf. Auf der anderen Seite ist die nervöse Hast, mit der man die Gesetzgebungsmaschine arbeiten läßt, gegenüber der Zeit der provisorischen Nationalversammlung noch gestiegen. Vielverordnerei und eilige, zu nachträglicher Verbesserung nötige Arbeit fehlt nicht. Weniger wäre manchmal mehr. Aber daß viel und fleißig gearbeitet und viel Gutes geschaffen wird, kann man nicht leugnen. Immerhin wird der Freund ruhiger Entwicklung nicht wünschen, daß die endgültige Verfassung solche Formen erhält, die eine langsamere und überlegtere Gesetzgebungsarbeit erschweren. Gerade solche aber sind festgelegt worden: weder ein vom Volk gewählter Präsident, noch eine zweite Kammer haben die Macht, der Nationalversammlung Bedenkenzeiten aufzunütigen. Bieweit die Volksabstimmung ihre Allmacht beschränken wird, muß die Erfahrung lehren. Der Präsident ist nur das Organ der Nationalversammlung; mehr Einfluß hat der Staatskanzler, wenigstens solange diese Stelle ein Mann wie Karl Renner bekleidet, aber auch seine Macht ist von der alleinherrschenden Versammlung nicht unabhängig. So muß man es beinahe begrüßen, daß die Regierung, um den Kommunisten entgegenzukommen, an eine organische Einfügung des Räteystems in die Verfassung und Verwaltung denkt. Im alten Österreich waren die sachlichen Beiräte — neben dem Herrenhause, wie ich trotz aller Schmähreden über diese Einrichtung der Vergangenheit auch heute meine, und vor ihm — diejenigen Körperschaften, in denen am sachlichsten gearbeitet wurde — und in ihren Protokollen wäre auch für die republikanische Verwaltung und Gesetzgebung viel wertvolles zu finden. Aber sie waren als bloße Beiräte praktisch machtlos. Von den künftigen Räten ist eher zu besorgen, daß sie zu viel Macht erlangen und sie zu einseitig ausüben werden. Aber wenn das vermieden wird, wenn sie alle Gruppen der Bevölkerung umfassen, wenn sie in gerechter Verteilung als Berufsvertretung gleichsam an Stelle der so oft schon geforderten berufsmäßig aufgebauten zweiten Kammer ins Leben treten, so müssen sie auch den Bürgerlichen willkommen sein. Schon stellt man hier und da zu der Forderung nach Arbeiter- und Bauernräten die nach Bürgerräten auf und hat gelegentlich solche ins Leben gerufen. Aber im Wahlkampfe selbst trat die Frage der künftigen Verfassung ebenso in den Hintergrund, wie bisher. Daß die Verfassungsfragen, wie ich auch hervorgehoben habe, durch den Anschluß an Deutschland ein „anderes Gesicht“ erhalten, hätte kein Grund sein dürfen, sie außer Erörterung zu lassen — um so mehr, je unsicherer sich die Aussichten dieses Anschlusses noch während der Wahlzeit, auch durch die Tätigkeit Allizés und die Einwirkung seiner Gehilfen auf die christlichsozialen Parteimänner, gestalteten. Die ungerechte und undemokratische Wahlordnung für Staat und Länder bietet so viel Angriffspunkte, daß die Parteien, die durch sie benachteiligt sind, mit der Forderung nach einer besseren viel Anklang hätten finden müssen, wenn sie es gewagt hätten, damit aufzutreten. Aber hinter dem Wahlkampfe standen unausgesprochen noch viel weitertragende Fragen der künftigen Staatsgestaltung. Wären sie der Bevölkerung und den untergeordneten Parteiführern bewußt geworden, so sähe vielleicht das Wahlergebnis, jedenfalls die Wahlbeteiligung anders aus.

Sprechen wir zunächst von diesen! Die Zahl der nutzlos abgegebenen und zerplitterten Stimmen war geringer, als bei der Wahl in die Nationalversammlung. Diese hatte kein treues Bild der wirklichen Kräfteverteilung ergeben. Die Zahl

der bürgerlichen Mandate entsprach nicht jener der bürgerlichen Stimmen. Die Sozialdemokratie hatte, als die schon bisher führende Partei, den Zulauf jener, die immer mit dem Erfolg gehen, und vieler Unzufriedener von Beruf, die leicht auch mit ihr unzufrieden werden können. Von den Christlichsozialen waren viele „Heimkehrer“ und andere abgefallen, die von ihrem Wahlsieg die Wiederkehr der „alten Zustände“ und der Dynastie besorgt hatten. Diese Besorgnis ist nun im Schwinden. So mußte nunmehr der christlichsoziale Anhang auf dem Lande steigen, während in den meisten Städten die Sozialdemokratie noch gewann. Ausnahmsweise hielt ihr bei großstädtischen Gemeindevahlen ein mühselig geschaffenes Wahlbündnis der Christlichsozialen und der Nationalen stand, wie in Graz. Auch die starke Betonung des Landespatriotismus durch die Christlichsozialen, die ein Teil der Freiheitlichen darin fast noch überbot, mußte vorwiegend jenen zugute kommen. Vor allem aber war nach dem 16. Februar die Meinung verbreitet, daß an diesem Tage schon über die Machtverteilung in Land und Gemeinde entschieden sei, daß nur die zwei großen Parteien Erfolg versprechen. Das erklärt die Niederlage, welche die nationalbürgerlichen Parteien fast überall erlitten; aber zum Teil auch die allgemeine Wahlmüdigkeit. Am 16. Februar war die Wahlbeteiligung, namentlich auch von Seite der Frauen, überaus stark, auch in den Ländern ohne Wahlpflicht — ganz so wie bei den Reichstagswahlen 1907 im Vergleich zu 1911. Der Reiz des Neuen und Ungewohnten für die neuen Wähler, sowie die neue Wählerzahl und Wahlkreiseinteilung, die bei allen Parteien Hoffnungen erregte, aber keiner eine sichere Voraussicht erlaubte, erklären das zum großen Teil; 1911, als diese Antriebe fehlten und viele Bezirke für die eine oder andere Partei als uneinnehmbar erkannt waren, flaute die Wahlbeteiligung ab. Genau so heute. In Wien erschien z. B. nur etwa die Hälfte der Wähler an der Urne. So spielte sich der Wahlkampf wesentlich zwischen den beiden Mehrheitsparteien ab.

Was bedeutet nun das Ergebnis, daß die Gemeindevertretung der wichtigsten Städte in die Hand der Sozialdemokraten gelangt ist, wie man erwartet hatte, daß dagegen nicht erwarteterweise die Mehrheit in allen Landtagen in den Händen der Christlichsozialen allein ist oder doch ihnen im Vereine mit den meist um die Bauernpartei gescharten Nationalen zukommt?<sup>1)</sup> Es hat — was im Wahlkampf selbst spät und selten hervorgehoben wurde — nach drei Seiten eine bedeutsame Rückwirkung, in der Frage der Anschlußpolitik, in jener der künftigen Staatsverfassung und in der nach der künftigen Regierung in Staat und Land, wie auch in den meisten Großgemeinden.

Wenn die Wahlen vom 16. Februar als ein Bekenntnis der überwiegenden Mehrzahl des Volks für den Anschluß an Deutschland angesehen werden mußten, so kann das nach dem Gesagten von den Landtags- und Gemeindevahlen nicht in demselben Grade gelten. Sie sollten aber auch Gelegenheit geben, gegen die Besetzung deutschösterreichischen Bodens durch Slawen und Italiener neuerlich feierliche Verwahrung einzulegen. Man hatte die Frage aufgeworfen, ob die gegenwärtige Nationalversammlung berufen ist, für ganz Deutschösterreich zu sprechen und ob Gesetze verbindlich sind, die ohne die Vertreter Deutschböhmens, des Sudetenlandes, Südtirols und der Untersteiermark gegeben werden. Zweifellos fehlten diese bei der Grundlegung der Verfassung und man hat die Frage ihrer Beziehung erst in letzter Zeit entschieden. Von dem Notwahlrecht, das schon die vorläufige Verfassung vorsah, wurde nur für Südtirol und Untersteiermark Gebrauch gemacht. Für jene wurden Vertreter nach Vereinbarung der Parteien ernannt, die aus Deutschsüdtirol stammen. Für Steiermark aber hat man diejenigen drei Wahlbewerber einberufen, die auf den Wahlwerberlisten jeder der drei Parteien im Wahlkreis „Mittel- und Untersteiermark“ unmittelbar auf die Gewählten folgen.

<sup>1)</sup> Da ich dies, in St. Germain am 2. Juni, schreibe, stehen die Wahlen in Tirol und Kärnten noch aus. In diesem letzteren ergibt sich vielleicht eine relative Mehrheit der Bauernbündler und Nationalen.

Unter diesen ist aber kein Untersteirer. Das hat man bei der Landtagswahl dadurch gutgemacht, daß Sozialdemokraten und Bauernpartei an bevorzugter Stelle ihrer mittelsteirischen Liste namhafte Vertreter Untersteiermarks kandidierten und durchbrachten. Dagegen bleiben Deutschböhmen und Sudetenland ganz unvertreten, da die Sozialdemokraten nach längerem Schwanken und Verhandeln die Ernennung von Abgeordneten für sie ablehnten. Darin spiegelt sich wohl die Erwägung, daß diese Gebiete nach ihrer geographischen Lage und ihren wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu dem übrigen Deutschösterreich, sondern zu den Nachbarstaaten im Deutschen Reich gehören und in deren Volksvertretung ihre Abgeordneten entsenden sollten. Trotzdem ist es bedauerlich, daß eine Gelegenheit versäumt wurde, ihre Zugehörigkeit zum Deutschtum feierlich zu bekunden und durch eine symbolische Handlung gegen die tschechische Vergewaltigung Verwahrung einzulegen. So kann man nicht sagen, daß die Wahlen eine besonders lebhafte Bekundung des nationalen Empfindens bedeuten.

Ist der Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und Deutschnationalen als unbedingten Anschlußfreunden auf der einen, den Christlichsozialen als vorsichtigen Rechnern auf der andern Seite nicht einmal der Masse der Wähler während der Wahlen vollbewußt geworden, so wurde auch ein anderer, instinktiv empfundener, erst nach dem Großteil der Wahlen allgemein klar. Die Christlichsoziale Partei hat einen föderalistischen Verfassungsentwurf eingebracht. Die Sozialdemokratie hat also die Aufgabe, den Einheitsstaat zu vertreten. So sind die Rufe: „Los von Wien!“ und „Los von der sozialdemokratischen Regierung!“ miteinander in parteipolitischen Zusammenhang gebracht worden. Indem die Christlichsozialen den ersten erhoben, suchten sie der Verwirklichung des zweiten vorzuarbeiten und mancher hat erst nachträglich erkannt, daß er unabsichtlich diesen ihren Zweck gefördert hat. War es für die „dritte Partei“ schon bei den Wahlen nachteilig, daß sie in dieser Grundfrage ihre einheitliche Haltung verloren hatte, daß sie in immer zahlreicheren Vertretern den Länderegoismus anerkannte und verfocht, während andere ihn bekämpften, so ist das für ihre künftige politische Stellung geradezu verhängnisvoll. Sie wird weder das Jünglein an der Wage in der Grundfrage unserer Verfassung, noch ein wichtiger, mitbestimmender Teil der Mehrheit, sondern verliert weiter an Kraft und Geschlossenheit.

Damit ist aber auch gesagt, daß die beiden großen Parteien weiter miteinander auskommen, daß sie Kompromisse suchen müssen, um gemeinsam regieren zu können, solange der Gegensatz nicht zu groß wird oder die Macht im Lande sich nicht auffällig nach einer Seite verschiebt. Deshalb werden sie auch die Landesregierungen in der Hauptsache gemeinsam übernehmen, wie sich auch schon mehreren Ortes gezeigt hat. Immerhin verschiebt sich das Gewicht nach rechts. Die Zeit ist noch ferne, in der aus der „Synthese“ der sozialdemokratischen und der Christlichsozialen Einseitigkeiten sich jene wahre nationale Demokratie ergibt, für welche heute nur ein kleiner Kreis Deutschgesinnter kämpft. Aber sie muß kommen, wenn das Zweiparteiensystem in seiner ganzen Schädlichkeit erkannt sein wird.

